

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer, Verzetnitsch, Heidrun Silhavy  
und GenossInnen  
betreffend einer **Offensive für mehr Arbeit und Wachstum**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten Neugebauer  
Kolleginnen und Kollegen betreffend **Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung** in der  
109. NR-Sitzung

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist bedrückend. Österreich erlebt unter der Regierung  
Schüssel jeden Monat neue, nie gekannte Rekordwerte an Arbeitssuchenden.  
**297.197 Menschen waren im April offiziell arbeitssuchend.** Besonders schockierend ist die  
ständig steigende Zahl arbeitsloser Jugendlicher, ob Lehrlinge oder junge Akademiker.  
Die traurige Bilanz: Wolfgang Schüssel verantwortet nach fünf Jahren schwarz-blauer  
Regierung die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte Österreichs.

Die Arbeitslosigkeit ist in Österreich in den vergangenen vier Jahren viermal so stark  
gestiegen wie im Durchschnitt der EU-15, die doch unzweifelhaft den gleichen  
weltkonjunkturellen Bedingungen ausgesetzt sind.

Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich, 2000-2004: 21,6 Prozent

Anstieg der Arbeitslosigkeit in den EU-15, 2000-2004: 5,3 Prozent

In Zahlen heißt das, dass vom Anstieg der Arbeitslosenzahlen 2000-2004 um 63.626 drei  
Viertel, das sind 48.000, hausgemacht sind.

Die volkswirtschaftlichen Kosten der hausgemachten Arbeitslosigkeit belaufen sich auf zwei  
Milliarden Euro pro Jahr. Eine Berechnung der AK Wien schlüsselt die volkswirtschaftlichen  
Kosten von Arbeitslosigkeit so auf (pro Arbeitslosen und Jahr):

*Für die öffentliche Hand:* 29.000 € (18.700 € weniger an Steuern und Abgaben,  
Unterstützungsleistungen etwa 7.000 €, Verwaltung etwa 1.200 €, aktive Arbeitsmarktpolitik  
etwa 2.100 €)

*Für die betroffenen Arbeitslosen:* 8.500 € (Verlust durchschnittliches Nettoeinkommen  
15.500 €; durchschnittliche Unterstützung 7.000 €)

*Für Unternehmen:* 5.500 € (weniger Absatz, weniger Produktion)

Die von der Regierung verursachten 48.000 zusätzlichen Arbeitslosen kosten die  
österreichische Volkswirtschaft zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Die SPÖ will unser Land aus der schwersten Krise auf dem Arbeitsmarkt seit 60 Jahren herausführen. Wir haben der Regierung Schüssel einen „Österreich-Vertrag für Arbeit und Wachstum“ angeboten. Leider ohne entsprechende Reaktion.

Wir wollen den Betroffenen helfen. Wir wollen sie nicht mit Vergleichen mit Deutschland und anderen Ländern abspeisen. Die dramatische Krise auf dem österreichischen Arbeitsmarkt verlangt entschlossenes Gegensteuern, nicht Gesundheitsbetriebe.

### **Die SPÖ-Forderungen lauten daher:**

#### **1. Wir wollen das europäische Unternehmenssteuerdumping stoppen**

Wir wenden uns dagegen, dass Österreich mit seinem EU-Beitrag Steuersenkungen für Unternehmensgewinne in anderen Ländern finanziert.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten betrifft vor allem die Belastung für mobile Faktoren (Finanz- und Realkapital, gut ausgebildete Arbeitskräfte). Insbesondere hat das schädliche Steuerdumping in der EU den Bereich der Unternehmens- bzw. die Gewinn- und Ertragssteuern erfasst.

#### **2. Wir wollen die europäische Ebene für Österreich nutzen**

Wir fordern die anderen Parteien auf, sich gemeinsam mit uns für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik einzusetzen. Die Europäische Zentralbank muss mehr für das Wirtschaftswachstum tun. Sie muss durch eine andere Geldpolitik bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze in Europa schaffen.

#### **3. Wir wollen die EU-Dienstleistungsrichtlinie völlig neu erstellen**

Wir lehnen es ab, dass für Dienstleister aus anderen EU-Staaten in Österreich die österreichischen Gesetze nicht gelten sollen. Dieses „Herkunftslandprinzip“ ist unbedingt zu verhindern, weil es den heimischen Betrieben und den Konsumenten schwer schaden würde.

#### **4. Wir brauchen eine Modernisierung der Infrastruktur**

In Österreich ist die schlechte internationale Konjunkturlage wegen verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung besonders spürbar. Die Situation hat sich daher auch in Relation zu den meisten EU-Staaten erheblich verschlechtert. Das Wirtschaftswachstum, das in den Neunzigerjahren im Mittelfeld der EU lag, verringerte sich aber in den vergangenen Jahren weiter. Österreich liegt in den Jahren 2004 bis 2006 nur mehr auf Platz 11 der Eu-15 (lt. Frühjahrsprognose der EU-Kommission vom April 2005).

Insbesondere zwischen 2000 und 2004 hat sich die Position Österreichs deutlich verschlechtert. Eine ähnliche Entwicklung zeigt die Arbeitsproduktivität. Sie entwickelt sich

seit 2000 schlechter als der EU-Durchschnitt, während sie sich vor der Jahrtausendwende besser als der EU-Schnitt entwickelt hatte. Wir haben im bildlichen Vergleich die „Überholspur“ verlassen und bewegen uns zunehmend nur noch auf dem „Pannestreifen“.

Öffentliche Infrastrukturinvestitionen zeichnen sich durch hohe direkte Nachfrage-Wirksamkeit aus. Die SPÖ tritt daher für ein Infrastrukturprogramm ein, mit dem einerseits die größtenteils aus den 80er-Jahren stammende Infrastruktur modernisiert und andererseits jene Zukunftsprojekte realisiert werden, die der Wirtschaftsstandort Österreich angesichts der neuen Herausforderungen, wie EU-Erweiterung und Globalisierung benötigt.

### **5. Österreichs Steuerpolitik muss Beschäftigung und Wachstum fördern**

Die von der Regierung per 1. 1. 2005 durchgeführte Steuersenkung erreicht zu einem erheblichen Teil die falschen Gruppen. Rund 2,5 Millionen Menschen gehen leer aus, weil sie schon bisher keine Steuern zahlten. Auch die kleinen und mittleren UnternehmerInnen haben von dieser Reform nichts. Sie sind meist nicht in Form einer Kapitalgesellschaft organisiert und haben meist auch zu niedrige Gewinne, dass sie durch die Steuerbegünstigung für nicht entnommen Gewinne durch „sparen im Betrieb“ einen nennenswerten Vorteil erzielen könnten. Die Kleinverdiener und der Mittelstand schauen daher durch die Finger.

Der Bundesvoranschlag des Jahres 2005 zeigt, dass die Lohnsteuer um rund 2% entlastet wird, die Körperschaftssteuer aber um rund 20% und damit um das 10-fache.

Während es für LohnsteuerzahlerInnen 2005 eine durchschnittliche Entlastung von fünf (!) Euro pro Monat gibt, zahlen die großen Kapitalgesellschaften dank der Gruppenbesteuerung und der handwerklich schlecht durchgeführten Körperschaftssteuersenkung in Zukunft nirgends in Europa so wenig Steuern, wie in Österreich. Insbesondere können diese Betriebe aufgrund der Steuerreform ausländische Verluste noch einfacher mit inländischen Gewinnen gegenverrechnen und damit ihre Steuern reduzieren.

Im Rahmen kurzfristig steuerlicher Maßnahmen ist im Hinblick auf die konjunkturelle Wirksamkeit primär auf die Verteilungswirkung zugunsten vor allem kleiner Einkommen sowie der investierenden Wirtschaft zu achten.

### **6. Wir wollen die Klein- und Mittelbetriebe entlasten**

Die Unternehmensstruktur in Österreich ist neben der starken Bedeutung des Industriesektors von Klein- und Mittelunternehmen geprägt. Hier trägt auch der in den vergangenen Jahren stattgefunden Trend bei, größere Unternehmen zu zerschlagen. Eine klare Mehrheit der Betriebe ist als Klein- und Mittelunternehmen zu klassifizieren.

Die Eigenkapitaldeckung der Klein- und Mittelbetriebe ist als schwach zu bezeichnen. Ein großer Anteil der Betriebe mit weniger als 1 Mio. € Jahresumsatz hat sogar eine negative

Eigenkapitaldeckung. Diese schlechte Ausstattung mit Eigenkapital wird für Klein- und mittlere Betriebe insbesondere in Zusammenhang mit den Regelungen von Basel II ein großes Problem darstellen.

Die Klein- und Mittelbetriebe sind für den Wirtschaftsstandort Österreich neben den bekannten Leitbetrieben von besonderer Bedeutung. Sie sichern fast 70 Prozent der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und erwirtschaften 60 Prozent der Wertschöpfung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stellen sie einen stabilisierenden Faktor dar.

Wir SozialdemokratInnen wollen einen starken Wirtschaftsstandort Österreich, den Klein- und Mittelbetrieben eine gesicherte Basis für ihre Wirtschaftstätigkeit geben und daher echte Chancengleichheit für KMU.

### **7. Wir wollen die Übergangsfristen für den Schutz der österreichischen ArbeitnehmerInnen voll ausnützen**

Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit bei der EU-Erweiterung öffnen neue Schlupflöcher für illegale Schwarzunternehmer. Der mit Fördergeld aus Brüssel mitfinanzierte Wettlauf der Beitrittsländer nach unten bei den Unternehmenssteuern bringt wegen der Abwanderung von Betrieben noch mehr Druck für die Arbeitnehmer.

Wir verlangen, dass der österreichische Arbeitsmarkt Branche für Branche genau beobachtet wird. Wir verlangen, dass Schlupflöcher geschlossen werden, mit denen die Übergangsfristen bei der Öffnung des Arbeitsmarktes unterlaufen werden. Wenn es der Schutz der österreichischen ArbeitnehmerInnen erfordert, ist auch eine Verlängerung der Übergangsfristen in Erwägung zu ziehen.

### **8. Wir wollen illegale Beschäftigung und Sozialbetrug wirksam bekämpfen**

Sozialbetrug bedeutet vor allem, dass

- Kriminelle durch die Gründung von Scheinfirmen Sozialversicherung, Finanz und – soweit die Bauwirtschaft betroffen ist – auch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse hinsichtlich ihrer Forderungen „ins Leere laufen lassen“
- ArbeitnehmerInnen durch Umgehungshandlungen systematisch ein Teil ihres Lohnes vorenthalten wird oder sie ohne entsprechende Anmeldung zur Sozialversicherung beschäftigt werden und
- organisierter Einsatz von ausländischen ArbeitnehmerInnen ohne Bewilligung und zu Dumpinglöhnen bzw. zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erfolgt.

Die Folgen sind Wettbewerbsverzerrungen, Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen, zunehmender Druck auf die Arbeitsbedingungen und enorme finanzielle Ausfälle für die öffentliche Hand.

Wir fordern, dass hier endlich konsequent gehandelt wird. Wir verlangen die Einführung einer Generalunternehmerhaftung für Sozialabgaben. Schwarze Schafe unter den Unternehmern gefährden durch ihre unsaubere Vorgangsweise die Arbeitsplätze der ehrlich arbeitenden Betriebe.

### **9. Wir wollen mehr für Arbeitssuchende tun**

Seit mittlerweile vier Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich auf vorher nie da gewesene Rekordwerte.

Im Jahresdurchschnitt stieg die Arbeitslosigkeit zwischen 2000 und 2004 um fast 64.000 bzw. um 28,7%.

Und die Mangelwirtschaft in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik wird fortgesetzt. Weder sind entscheidende Fortschritte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Bewältigung der Strukturprobleme in der beruflichen Erstausbildung erkennbar, noch wird entsprechend auf die deutlich gestiegenen Arbeitsmarktprobleme von Frauen und generell von ArbeitnehmerInnen im Haupterwerbsalter reagiert.

Wir verlangen, dass die Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung jedes Jahr um 60 Millionen Euro angehoben werden, um gezielte Programme zum Erwerb gefragter Kenntnisse auf dem Arbeitsmarkt zu finanzieren. Wir halten eine Summe von 250 Millionen Euro für erforderlich, um eine rasche Vermittlung sicherzustellen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Förderung von Frauen gelegt werden.

### **10. Wir wollen Arbeit für die Jungen schaffen**

Seit 2000 nimmt die Zahl der Lehrstellen suchenden Jugendlichen ständig zu aber die angebotenen Lehrstellen wurde immer weniger. In den Jahren 2001, 2002 wurden auch viel zu wenige Plätze in Lehrgängen nach dem Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz bewilligt, sodass die Lücke zwischen Lehrstellen suchenden Jugendlichen (einschließlich Lehrgangsteilnehmer/innen) und verfügbaren offenen Lehrstellen ständig größer wurde.

Kamen im Jahr 2000 noch 4,5 Lehrstellen suchende Jugendliche auf eine offene Lehrstelle, so hat sich diese Zahl in fünf Jahren schwarz-blauer Regierungstätigkeit beinahe verdoppelt, auf 8,4 Lehrstellensuchende pro offener Lehrstelle.

Gab es 1999 noch 127.351 Lehrlinge in Ausbildung, so waren es 2004 lediglich 119.071, also minus 8.280 Lehrlinge.

Die Lehrlingsausbildung leidet derzeit an zwei wesentlichen Mängeln:

- zu wenig Ausbildungsplätze (insbesondere in zukunftsorientierten Lehrberufen)
- zu geringe Qualität der dualen betrieblichen Ausbildung (zum Teil in einigen Branchen, zum Teil auch in einzelnen Betrieben)

Wir verlangen, dass bis zum Jahr 2007 jedes Jahr fünf Prozent mehr Lehrstellen angeboten werden. Wenn die Wirtschaft dies aus eigener Kraft nicht kann, wollen wir durch Gesetze einen fairen Ausgleich herstellen zwischen jenen Betrieben, die Lehrlinge ausbilden und jenen, die das nicht tun. Wir erkennen mit Sorge, dass immer öfter auch junge AkademikerInnen keinen Job finden. Wir verlangen gezielte Maßnahmen gegen die neue Akademiker-Arbeitslosigkeit.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, welche

- die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs stärken,
- das Wirtschaftswachstum fördern,
- und damit die bestehenden Arbeitsplätze absichern und neue Arbeitsplätze schaffen,
- den Arbeits- und Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen,
- die Infrastruktur verbessern, was insbesondere durch den Lückenschluss und den Ausbau des hochrangigen Straßen- und Bahnnetzes geschehen soll,
- die Forschungsquote von derzeit 2,3% des BIP auf mittelfristig 3% des BIP erhöhen,
- die laufenden bzw. zukünftigen Bewilligungsverfahren beschleunigen,
- eine Forcierung der Breitbandanbindungen sicherstellen,
- die Errichtung von bereits genehmigten Ökostromanlagen ermöglichen,
- Qualifikationsoffensiven zur ständigen Weiterbildung fördern,
- die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen fördern,
- die illegale Beschäftigung durch Schwarzunternehmertum bekämpfen,
- und die internationalisierung der österreichischen Wirtschaft unterstützen.

Insbesondere sollen diese Ziele durch die rasche Umsetzung folgender Maßnahmen erreicht werden:

- Abgabe eines klaren österreichischen Bekenntnisses zu gemeinsamen europäischen Steuerstandards, bei der Unternehmensbesteuerung in Form von Mindeststeuerhöhen.
- In den Europäischen Institutionen muss auf gemeinsame EU-Standards für die wichtigsten, wettbewerbsrelevanten Steuern gedrängt und an deren Entwicklung mitgearbeitet werden.

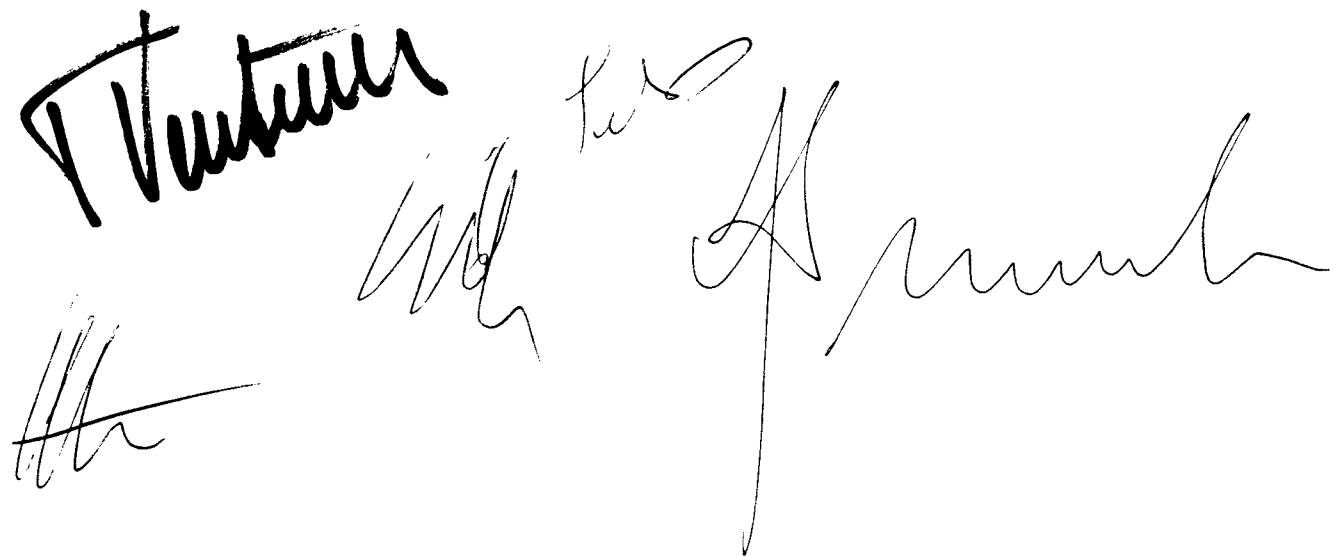
- Keine Anhebung des österreichischen Nettobetrages zur EU, solange die EU-Kommission keine Sparvorschläge vorlegt und nichts gegen Steuerdumping unternommen wird.
- Die Vorgaben des Vertrages von Maastricht sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter Anpassung an die Ziele des Lissabon-Prozesses präziser ausgestalten, um den bisher gemachten Erfahrungen Rechnung zu tragen.
- Beim Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze müssen Projekte in Österreich vorgezogen werden.
- Österreich muss mehr als bisher bei den anderen EU-Staaten für eine neue europäische Wachstumspolitik werben. Eine abgestimmte Politik, in der die Staaten nicht gegeneinander um bestehende Arbeitsplätze kämpfen, sondern miteinander neue Arbeitsplätze schaffen.
- Die Vollendung des Binnenmarktes im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen trägt folgenden Gesichtspunkten Rechnung:
  - schrittweise Harmonisierung der Rechtsvorschriften nach Sektoren, wie dies auch bisher mit einigem Erfolg geschehen ist;
  - Sicherstellung von rasch wirksamen Kontroll- und Sanktionsmechanismen, die gewährleisten, dass der Schutz der rechtlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger (Arbeitnehmerschutz; Konsumentenschutz; Umweltschutz; Gesundheitsschutz; Schutz vor Kriminalität usw.) auch weiterhin gewährleistet bleibt,
  - Abschätzung der positiven und negativen Wirkungen und deren Verteilung bei entsprechenden Liberalisierungsmaßnahmen, insbesondere für die Arbeitsplätze und für KMU,
  - Ausschluss jeglicher Wirkung der Liberalisierungsrichtlinien auf die arbeits- und sozialrechtlichen Normen,
  - vollständige Aufrechterhaltung der Bestimmungen der Entsenderichtlinie für die im Zusammenhang mit der Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen entsendeten Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer,
  - Sicherstellung, dass die außerhalb des Herkunftslandes tätigen Dienstleister ihrer Steuerpflicht entweder im Erbringerland oder im Herkunftsland nachweislich nachkommen,
  - klare Trennung der Dienstleistungsliberalisierung von den Regeln über die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge, die in einer eigenständigen gesetzlichen Regelung im Sinne des Entwurfs zum Europäischen Verfassungsvertrag unter Berücksichtigung des Primats der Mitgliedstaaten bei ihrer Regelung und Erbringung und erst dann und unter Berücksichtigung dieser Bedingungen
- Durchführung eines Sofortprogramms, wodurch notwendige Infrastrukturinvestitionen vorgezogen werden, etwa im Bereich Straße, Schiene, Bahnhöfe, Telekommunikation und Förderung der Breitbandtechnologie.
- Energie-Infrastrukturpaket

- Althausanierungsprogramm für Gebäude, die vor 1975 errichtet wurden.
- Weiterentwicklung der Wärmekennzahlen für Neubauten.
- Schaffung einer Infrastrukturholding. Voraussetzung dafür ist die Absicherung der österreichischen Kontrolle über die wichtigsten Schlüsselunternehmen durch Beibehaltung des Bundesanteiles.
- Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages und Absicherung auf viele Jahre.
- Arbeit wird von Steuern und Abgaben entlastet, beispielsweise durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage im Bereich der Kommunalsteuer und des Familienlastenausgleichsfonds.
- Reparatur der verpatzten Steuerreform 2005, insbesondere der völlig verfehlten Gruppenbesteuerung. Es ist eine Entlastung der unteren Einkommen anzustreben, weil sie wegen hoher Konsum- und geringerer Importneigung kurzfristig am stärksten hinsichtlich der Inlandsnachfrage und Konjunkturbelebung wirkt.
- Schaffung eines Stabilitäts- und Wachstumsfonds für Klein- und Mittelbetriebe, der Haftungen für Investitionskredite zu Bestkonditionen übernimmt.
- Exportoffensive zur Erschließung neuer Märkte, vor allem für KMU.
- Schwerpunktorientierte Betriebs-Ansiedlungspolitik und Förderung von Direktinvestitionen.
- Einführung einer steuerlichen Investitionsbegünstigung.
- Förderprogramm für Unternehmensgründungen und die Einrichtung eines Gründerfonds.
- Steueranreize und Förderung der Betriebsnachfolge und der Betriebsübergaben, wobei der Förderschwerpunkt bei den ÜbernehmerInnen von Betrieben liegen soll.
- Errichtung einer Auffanggesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen mit einer entsprechend ausreichenden Kapitalausstattung samt Krisenfonds, um regionale Leitbetriebe in Einzelfällen durch Finanzierung und Umsetzung eines Sanierungsprogramms zu retten.
- Ausschöpfung aller EU-rechtlichen Möglichkeiten zur Neuorientierung der österreichischen Vergaberichtlinien (an Kriterien der Beschäftigung in Österreich, der Aus- und Weiterbildung sowie der ökologischen Nachhaltigkeit).
- Klein- und Mittelbetriebe sollen bei den Strompreisen von der Liberalisierung genau so profitieren können wie die Großabnehmer.
- Wirksame Begrenzungen für Mieterhöhungen von Geschäften und Lokalen.
- Vollständige Aufrechterhaltung der Übergangsregelungen bei der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit ab dem Mai 2006 bis Ende April 2011. Wenn es der Schutz der österreichischen ArbeitnehmerInnen erfordert, ist auch eine Verlängerung der Übergangsfristen in Erwägung zu ziehen.
- Lückenlose Registrierung des Tätigwerdens von Gewerbetreibenden (Einpersonen-Unternehmen) aus den Erweiterungsländern.



- Weitere Beschäftigungsabkommen (Grenzgänger- und Praktikantenabkommen) mit Erweiterungsländern erst ab Arbeitslosenquote von 3,5% (=Vollbeschäftigung) nach EUStat (derzeit: 4,5%).
- Absenkung der Saisonkontingente vor allem für den Tourismus, jedenfalls im Ausmaß der Beschäftigung von SaisonarbeitnehmerInnen aus den EU15, schon ab 2005.
- Einführung der Generalunternehmerhaftung.
- Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteiles.
- Ausbau der personellen Ressourcen der Kontrollstelle gegen illegale Ausländerbeschäftigung (die deutsche Regierung plant eine Aufstockung ihrer Behörde auf 6000 MitarbeiterInnen – umgelegt auf Österreich würde dies 600 MitarbeiterInnen für die KIAB bedeuten. Derzeit gibt es 186 Planstellen lt. Homepage des BMfFinanzen).
- Gezielte Schwerpunktaktionen mit umfassender Behördenkooperation gegen Umgehungen des Ausländerbeschäftigungsrechtes durch den Einsatz von sogenannten „Einpersonen-Unternehmen“ aus den Erweiterungsländern.
- Abschiebung betretener illegaler Beschäftigter erst nachdem sie ihren Lohn vom Schwarzbeschäftigter erhalten haben (deutliche Hinweise aus KIAB, dass Unternehmer anonym Selbstanzeige bei KIAB erstatten, um sich Lohnzahlungen zu ersparen).
- Sofortige Erhöhung der aktiven Arbeitsmarktförderungsmittel um zumindest
- 60 Mio. €. damit auch Arbeitslose im Haupterwerbssalter im heurigen Jahr adäquat unterstützt werden können.
- Mittelfristige Erhöhung des Budgets für aktive Arbeitsmarktpolitik um insgesamt 250 Mio. € (jährlich rd. 60 Mio. Euro), damit flächendeckend wieder gute fachliche Ausbildung für Arbeitslose möglich wird.
- Erstellung eines Aktionsplanes zur Schließung des Defizits in der Kinderbetreuung mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und Mindeststandards an Qualität sowie eine soziale Staffelung der Kinderbetreuungskosten.
- Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine fixe Zweckbindung von Mitteln für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Gezielte Förderung von Betriebskindergärten.
- Das Recht auf Eltern-Teilzeitarbeit wird auf alle Betriebe ausgedehnt.
- Verstärkte Angebote und Anreize für Weiterbildung in der Karenzzeiten (z.B. inkl. Kinderbetreuung).
- Verpflichtend durchzuführende zielorientierte Informationen über die Möglichkeiten des Wiedereinstieges durch das AMS mindestens sechs Monate vor Ablauf des Kindergeldbezuges.
- Verpflichtung für UnternehmerInnen, die karenzierten MitarbeiterInnen über alle betriebsinternen Vorgänge und Erneuerungen (speziell im eigenen Bereich) genauso wie die aktiven MitarbeiterInnen zu informieren und sie entsprechend einzubinden.

- Die Wirtschaft soll deklarieren, in welchen Berufen/Tätigkeiten Schwerpunkte gesetzt werden müssen, um in Zukunft Beschäftigung zu haben.
- Forcierung von Modellen, die einen Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Betrieben ermöglichen (finanziell und ressourcenmäßig) z.B. Ausbildungsverbünde, Lastenausgleichsfonds, Lehrwerkstätten.
- Das Auffangnetze für Jugendliche wird schon im Frühjahr 2005 so ausgestattet, dass die Probleme bewältigt werden können. Das Auffangnetz zur Jugendausbildung muss auf 10.000 Plätze aufgestockt werden, davon sollen 4.000 Plätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten sein, in denen die Jugendlichen von vornherein eine qualifizierte Ausbildung bis zum Abschluss machen können.
- Kombination von Lehre und Matura fördern.
- Internationale Austauschprogramme für Lehrlinge (ähnlich wie bei Studierenden), wo Lehrlinge bis zu einem halben Jahr Praxis in einem ausländischen Betrieb der gleichen Branche absolvieren können.
- Beschäftigte ArbeitnehmerInnen mit geringer Formalqualifikation wird das kostenlose Nachholen des Pflichtschulabschlusses und des außerordentlichen Lehrabschlusses ermöglicht.
- Pflichtschulabschluss, Lehre, mittlere und höhere Schule sowie Berufsreife- und Studienberechtigungsprüfung können gebührenfrei nachgeholt werden.“

The image shows several handwritten signatures and initials in black ink. The most prominent is a large, bold signature that appears to be 'T. T. T. T. T.' or similar, written in a stylized, cursive font. Below it, there are several smaller, more fluid signatures and initials, some of which are partially obscured or overlapping. The handwriting is varied, suggesting multiple individuals.